

Verbandsinformation

Allgemein/Wirtschaft/Statistik

Nr. 06/16 Datum: 17.10.2016



Verband der Holzindustrie
und Kunststoffverarbeitung
Baden-Württemberg e.V.

Danneckerstraße 37
70182 Stuttgart
Telefon 0711 23762-0
Telefax 0711 23762-10

Friedrich-Ebert-Straße 11-13
67433 Neustadt / Weinstraße
Telefon 06321 852-0
Telefax 06321 88955

info@vhk-bw.de
www.vhk-bw.de

An unsere Mitgliedsunternehmen

TERMINVORSCHAU

Do. 20.10. – Fr., 21.10.2016
TPA-Klausurtagung, Nagold

Di., 15.11.2016
Personalleiterkreis, Stuttgart

INHALT

1. **Holzindustrie**
 - Umsatz steigt im ersten Halbjahr um 4,3 %
 - Verhaltene Aussichten für das zweite Halbjahr 2016
2. **Herbstgutachten der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute**
 - Der Kaugummi-Aufschwung
3. **Deutsche Konjunktur**
 - in der ersten Jahreshälfte robuster als gedacht
4. **GfK-Konsumklimastudie für September 2016**
 - Brexit und Terrorgefahr drücken auf die Stimmung
5. **Wirtschaftsstandort Deutschland**
 - Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich
6. **Rentenniveau**
 - es geht steil bergab
7. **Gedankenaustausch zwischen LVI und Wirtschaftsministerium**
 - offener Austausch mit Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut
8. **Arbeitskreis Mittelstands- und Strukturfragen der KfW**
 - neue Entwicklungen in der Mittelstandsfinanzierung sowie die Vorbereitung der KfW-Unternehmensbefragung 2017
9. **Ende der Sommerzeit 2016**
 - endet am 30.10.2016, 03:00 Uhr
10. **Bildungsbericht der OECD**
 - „Bildung auf einen Blick 2016“

1. Holzindustrie

- Umsatz steigt im ersten Halbjahr um 4,3 %

Die deutsche Holzindustrie blickt auf ein erfolgreiches erstes Halbjahr 2016 zurück. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum wurde ein kräftiges Umsatzwachstum von 4,3 Prozent auf 17,4 Mrd. € erzielt (2015: 16,7 Mrd. €). Damit hat sich die Branchenkonjunktur deutlich beschleunigt, denn im Vergleichszeitraum 2015 lag das Umsatzplus der Branche bei lediglich 1,5 Prozent.

In der deutschen Holzindustrie waren im ersten Halbjahr 2016 insgesamt 148.982 Männer und Frauen in 941 Betrieben mit mehr als 50 Mitarbeitern beschäftigt. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ging die Zahl der Betriebe zwar um 0,8 Prozent zurück, jedoch nahm die Zahl der Beschäftigten mit einem Plus von 0,7 Prozent wieder leicht zu.

Der Hauptgrund für das deutliche Umsatzplus ist - nicht zuletzt durch die Zuwanderung - fraglos die erhebliche Zunahme der Bauaktivitäten, die auf gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen und unverändert niedrige Zinsen zurückzuführen ist. Die meisten unserer Unternehmen sind direkt oder indirekt von der Baukonjunktur abhängig, entweder weil sie Bauten herstellen, Baumaterial liefern oder den fertiggestellten Wohnraum einrichten. Im Mehrfamilienhausbau legte die Zahl der genehmigten Wohnungen im ersten Halbjahr 2016 um 30,7 Prozent auf über 80.000 zu. Im Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern stieg die Zahl der Häuser deutlich um 12,6 Prozent auf knapp 56.000.

Die unmittelbarsten und positivsten Auswirkungen hat dies auf das Segment des so genannten „baunahen Bereichs“. Dieser umfasst die Hersteller von Fertighäusern, Fenstern, Türen, Treppen und anderen Bauelementen. Hier wuchs der Umsatz im ersten Halbjahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr um 12,8 Prozent auf über 2,5 Mrd. €.

Im ersten Halbjahr 2016 schneidet der Fertigbau mit einem Baugenehmigungsplus von 16,7 Prozent deutlich besser ab als der Gesamtbaumarkt (dort Steigerung um 12,6 Prozent). Insgesamt wurden von Januar bis Juni des laufenden Jahres knapp 56.000 Ein- und Zweifamilienhäuser genehmigt, davon fast 9.500 in Fertigbauweise. Der bundesweite Anteil des Fertigbaus stieg damit auf einen neuen Halbjahresrekordwert von 17 Prozent. In einigen Regionen liegt dieser Anteil sogar noch erheblich höher. Den besten Wert unter den Flächenländern erreicht Hessen mit einem Wert von 29,1 Prozent. Hier wird ebenso wie in Baden-Württemberg aktuell mehr als jedes vierte Haus in Fertigbauweise erstellt (28,2 %).

Das zweitgrößte Segment des Holzgewerbes – die Holzwerkstoffindustrie – verzeichnete einen leichten Umsatzzuwachs um 1,2 Prozent auf rund 2,5 Mrd. €. Die Sägewerke partizipieren als Zulieferer für den baunahen Bereich und die Möbelindustrie stark an den dortigen Umsatzzuwächsen und verzeichneten daher im ersten Halbjahr ein deutliches Plus von 3,3 Prozent auf 2,1 Mrd. €. Auch die Nachfrage nach Holzverpackungen steigt: Die amtlichen Werte weisen von Januar bis Juni 2016 einen Umsatzzuwachs von 4,4 Prozent auf über 330 Mio. € aus. Das kleine Segment der „sonstigen Holzwaren“ (dies sind Holzveredelung sowie Kork-, Flecht- und Korbwaren) verzeichnete einen Umsatzrückgang um 39,1 Prozent auf rund 240 Mio. €. Positiv entwickelten sich Pinsel und Bürsten mit plus 12,2 Prozent auf 430 Mio. €.

Stark positiven Einfluss auf das gute Halbjahresergebnis haben die erfreulichen Zahlen der Möbelbranche. Die Erlöse der Möbelhersteller lagen im ersten Halbjahr mit einem Plus von 4,9 Prozent auf 8,9 Mrd. € spürbar über dem Niveau des Vorjahreszeitraums und über den Erwartungen unserer Industrie noch zu Jahresbeginn. Die Möbelhersteller sind die mitarbeiter- und umsatzstärkste Einzelbranche der Holzindustrie.

- Verhaltene Aussichten für das zweite Halbjahr 2016

Für das zweite Halbjahr 2016 sehen wir weiterhin positive Rahmenbedingungen. Die Wirtschaftsforschungsinstitute gehen von einer Fortsetzung des „moderaten Aufschwungs“ in Deutschland aus. Zinsen und Arbeitslosigkeit bleiben niedrig. Wir glauben allerdings, dass sich die Entwicklung unserer Branchen deutlich verlangsamen wird. So zeigen sich Verbraucher und Unternehmer durch den eingeläuteten Brexit und die zahlreichen Krisenherde rund um den Globus zunehmend verunsichert. Die Erwartungen an die wirtschaftliche Entwicklung in Europa und in Deutschland gehen zurück. Mehrere renommierte Wirtschaftsinstitute haben die Prognose zum diesjährigen Bruttoinlandsprodukt in Deutschland bereits leicht gesenkt.

Dies entspricht auch der Wahrnehmung der Unternehmen. Der aktuelle ifo Konjunkturtest lässt in den Betrieben der Holzindustrie erkennen, dass die momentane Geschäftslage zwar überaus positiv eingeschätzt wird. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate gehen hingegen Monat für Monat zurück; im August landete der Erwartungsindikator sogar erstmals im bisherigen Jahresverlauf unter null. Besonders bemerkenswert - und ein Indikator für eine bestenfalls verhalten positive Entwicklung - ist, dass auch die Beurteilung der Auslandsaufträge im August bei null angelangt ist.

Für das Gesamtjahr 2016 gehen wir deshalb von einem Umsatzwachstum für die gesamte Holzindustrie von rund 3 Prozent aus.

2. Herbstgutachten der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute

- Der Kaugummi-Aufschwung

Aktuell ist die Wirtschaftslage beruhigend, stellen die fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten fest: Deutschland befinde sich im dritten Jahr eines „gedehnten Kaugummi-Aufschwungs“. Ein Wachstum von 1,9 Prozent soll es dieses Jahr sein. Auch 2017 erwarten die Institute mit einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von 1,4 Prozent eine Produktionsauslastung nahe am Idealzustand. Ab 2020 aber werde die Alterung der Gesellschaft massiv einsetzen, dafür müsse die Politik jetzt mit Investitionen Vorsorge treffen.

Dass die Wachstumsrate im kommenden Jahr unter den 1,9 Prozent des laufenden Jahres bleibt, ist laut dem Gutachten der geringeren Zahl an Arbeitstagen geschuldet. Allerdings: Die Konjunktur bleibt nur so gut, wenn die vielen Risiken nicht durchschlagen. Die Globalisierungsskepsis und der daraus resultierende Protektionismus könnten die deutsche Exportwirtschaft belasten.

Dank des Herbstaufschwungs ist die Zahl der Arbeitslosen gesunken – auf den niedrigsten Stand seit 25 Jahren. Im September waren in Deutschland 2,608 Millionen Erwerbslose registriert, wie die Bundesagentur für Arbeit mitteilte – 100.000 weniger als im Vorjahr. Aus Sicht der Wirtschaftsforscher wird die Arbeitslosenquote auch 2017 und 2018 auf ihrem historischen Tief um sechs Prozent verharren.

Zwar werde es mehr Arbeitslose geben, weil die Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt ankommen. Gleichzeitig aber würden neue Jobs geschaffen: 500.000 kamen dieses Jahr hinzu, weitere 400.000 werden 2017 erwartet, die Zahl der Stellen soll auf über 44 Millionen steigen. Zu diesem Boom am Arbeitsmarkt tragen laut Herbstgutachten Zuwanderer aus anderen EU-Staaten bei. Die gute Arbeitsmarktlage stützt wiederum den Konsum, der aktuell das Wachstum trägt.

Der Aufschwung und die niedrigen Zinsen füllen die Staatskassen weiterhin gut. Nach einem Überschuss von 20,1 Milliarden Euro in diesem Jahr werden Bund, Länder, Gemeinden und Sozialkassen 2017 ein Plus von 13,7 Milliarden und 2018 ein Plus von 16 Milliarden Euro erzielen.

3. Deutsche Konjunktur

- in der ersten Jahreshälfte robuster als gedacht

Die deutsche Konjunktur zeigt sich in der ersten Jahreshälfte 2016 erstaunlich robust. Hierbei hat sich der Außenhandel insbesondere im zweiten Quartal als Konjunkturstütze erwiesen. Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung werden Waren „Made in Germany“ in Süd- und Osteuropa wieder vermehrt nachgefragt. Doch fehlende Investitionen sind Grund zur Sorge.

Die Schnellschätzung des Statistischen Bundesamts sorgte für positive Überraschungen – um 0,4 Prozent lag das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten Quartal über dem Vorquartalswert. Nach einem schwachen ersten Quartal haben sich etwa die deutschen Exporte im zweiten Quartal deutlich erholt.

Dabei wird dieser Anstieg durch die Erholung in Süd- und Osteuropa vorangetrieben. Das Wachstum der Warenausfuhren wäre um rund zwei Drittel geringer ausgefallen, ohne den kräftigen Anstieg der Exporte in die größten Exportzielländer aus Süd- und Osteuropa. So konnten die deutschen Warenexporte nach Polen, Spanien und in die Tschechische Republik bis Mai jeweils um mehr als 7 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert zulegen. Auch die Ausfuhren nach Italien legten mit über 6 Prozent stark zu.

Negative Impulse für die deutschen Warenexporte kommen hingegen aus den USA. Die Exporte in die Vereinigten Staaten sind in den ersten fünf Monaten des Jahres 2016 um 4 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert eingebrochen. Dies ist allerdings als eine Art Korrektur einzuordnen, nach dem außergewöhnlich starken Anstieg im Jahr 2015. Ohne den Rückgang der Exporte in die USA wäre der Anstieg der gesamten Warenexporte Deutschlands um fast 0,4 Prozentpunkte höher ausgefallen. Auch in Frankreich liefen die Geschäfte deutscher Firmen in den ersten fünf Monaten 2016 schlechter als im Vorjahreszeitraum.

Neben den Exporten zeigen sich auch der Private Verbrauch sowie der Staatskonsum robust. Die Stimmung der deutschen Verbraucher bleibt gut, getrieben von der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Die Ausgaben im Zuge der Flüchtlingsintegration leisten ebenfalls einen positiven Beitrag zum Wirtschaftswachstum.

Was aber auf der Strecke bleibt, sind Ausrüstungsinvestitionen. Die Ungewissheit etwa im Zusammenhang mit dem Brexit-Referendum hat viele Unternehmen verunsichert und in einen Wartemodus versetzt. Auch die Flüchtlingsmigration, die politische Instabilität in der Türkei und die Präsidentschaftswahl in den USA drücken das Investitionsklima in Deutschland. Doch um die langfristige Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland zu sichern, sind Investitionen von Nöten. Zumindest die politischen Akteure hierzulande müssen im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 signalisieren, dass sie auch nach der Wahl für Kontinuität der Wirtschaftspolitik und einen wirtschaftsfreundlichen Kurs sorgen wollen.

4. GfK-Konsumklimastudie für September 2016

- Brexit und Terrorgefahr drücken auf die Stimmung

Sowohl die Konjunktur- und Einkommenserwartung als auch die Anschaffungsneigung müssen Einbußen hinnehmen. Offenbar sehen die Bundesbürger die deutsche Wirtschaft in den nächsten Monaten auf einem schwächeren Wachstumskurs. Dies signalisiert der dritte Rückgang der Konjunkturerwartung in Folge. Auch die Einkommenserwartung und die Anschaffungsneigung verlieren in diesem Monat, behaupten aber ihr überaus hohes Niveau.

Offenbar zeigt die Brexit-Entscheidung vom Juni inzwischen Wirkung. In den drei Monaten seit dem Referendum ging die Konjunkturerwartung kontinuierlich zurück. So hat bereits die Ankündigung, dass Großbritannien aus der EU austreten wird, die Verunsicherung ansteigen lassen. Dies hat unter anderem auch dazu geführt, dass das ifo-Geschäftsklima im Juli und August ebenfalls gesunken ist.

Folglich wurden auch die bisher vorliegenden Prognosen für den Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes in Europa zuletzt etwas zurückgenommen. So sieht die Deutsche Bundesbank in ihrem Konjunkturausblick auch für Deutschland in diesem und im kommenden Jahr ein leicht schwächeres Wachstum als noch vor einigen Monaten.

Zudem sind die Verbraucher sicherlich auch durch die nach den Anschlägen in Bayern bewusster wahrgenommene Terrorgefahr stärker beunruhigt. Eine solche allgemeine Verunsicherung schlägt sich häufig in sinkenden Werten bei der Konjunkturerwartung nieder. Hinsichtlich ihrer künftigen finanziellen Situation sind und bleiben die Verbraucher somit überaus optimistisch. Die ausführliche Pressemitteilung der GfK finden Sie [hier](#).

5. Wirtschaftsstandort Deutschland

- Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich

Die Schwachstellen des Wirtschaftsstandortes Deutschland könnten offensichtlicher nicht sein: Die Steuern sind hoch, die Arbeitskosten auch, und noch immer muss der Großteil der Flüchtlinge, die im vergangenen Jahr über die Grenzen strömten, in den Arbeitsmarkt integriert werden. Doch das jüngste Urteil über die Wettbewerbsfähigkeit des Landes fällt äußerst positiv aus. Im aktuellen Ranking des Weltwirtschaftsforums (WEF), das letzte Woche in Genf vorgestellt wurde, liegt Deutschland auf dem fünften Rang. Zwar büßte es gegenüber dem Vorjahr einen Platz ein. Doch absolut betrachtet stieg der Wettbewerbsindex für die deutsche Wirtschaft innerhalb der letzten zwölf Monate sogar leicht an.

Zudem wird die Kluft in Europa immer größer. „Ein Ende des Nord-Süd-Gefälles ist nicht in Sicht“, heißt es in dem WEF-Bericht. Als wettbewerbsfähigstes Land in Südeuropa liegt Spanien auf dem 32. Rang – und damit hinter den meisten nordeuropäischen Staaten. Noch weiter abgeschlagen sind Italien, Portugal und Griechenland, die gegenüber dem Vorjahr weiter abrutschten. Kritisch bewerten die Autoren den Kurs der Europäischen Zentralbank (EZB). Um das Wachstum langfristig wieder anzukurbeln, könnten sich die Industriestaaten nicht auf eine ultralockere Geldpolitik verlassen, mahnt die Organisation. Grundvoraussetzung für den Erfolg „monetärer Impulse“ sei vielmehr, dass schon eine starke Wettbewerbsfähigkeit bestehe.

Auf dem ersten Platz landete zum achten Mal in Folge die Schweiz, gefolgt von Singapur und den Vereinigten Staaten. Überholt wurde Deutschland von den Niederlanden, die ihre Wettbewerbsfähigkeit noch

stärker ausbauen konnten. Auch Schweden, Großbritannien, Japan, Hongkong und Finnland gehörten wie im Vorjahr zu den wettbewerbsfähigsten Ländern der Erde. Die Daten für die britische Wirtschaft wurden laut WEF jedoch vor dem Brexit-Referendum erhoben.

In ihrem „Global Competitiveness Report“ bewerten die Autoren 138 Länder anhand von mehr als 100 Indikatoren aus zwölf Kategorien. Dazu zählten die Qualität der Institutionen, der Infrastruktur und des Bildungs- und Gesundheitswesens, die Effizienz des Arbeitsmarktes und der Gütermärkte oder der technologische Entwicklungsgrad. In nahezu allen Kategorien schnitt die deutsche Wirtschaft gut bis sehr gut ab: Im Bereich der Innovation kletterte Deutschland um einen Rang auf den fünften Platz. Vergleichsweise große Fortschritte gab es auch in der technologischen Entwicklung.

Verschlechterungen sehen die Ökonomen des WEF hingegen in der Infrastruktur und in den institutionellen Rahmenbedingungen. In letzterer Kategorie verlor Deutschland zwei Ränge und rutschte auf den 22. Platz ab. Auch die Steuerregulierungen und die Ineffizienz der deutschen Bürokratie erschwere es Unternehmen, hierzulande Geschäfte zu machen, heißt es im Bericht. Problematisch für den Wirtschaftsstandort sei zudem die Höhe der Steuern. In dieser Teilkategorie rutschte Deutschland auf den 104. Platz ab. Nachholbedarf erkennt das WEF auch auf dem Arbeitsmarkt. „Eine wichtige Herausforderung für den Arbeitsmarkt im kommenden Jahr wird die Integration der großen Zahl von Flüchtlingen sein, von denen viele 2015 eingetroffen sind“, schreiben die Autoren. Allerdings habe der Staat erste Schritte eingeleitet, um die Eintrittsschranken für Asylsuchende in den Arbeitsmarkt zu verringern. Im entsprechenden Teilranking verbesserte sich Deutschland um sechs Ränge auf den 22. Platz.

6. Rentenniveau

- es geht steil bergab

Bis 2030 darf das Nettorentenniveau vor Steuern nicht unter 43 Prozent sinken. Dass dieses Ziel erreicht wird, belegt jeder der jährlich veröffentlichten Rentenberichte. Doch was nach 2030 passiert, war bislang geheim. Nun hat das Arbeitsministerium die erste offizielle Schätzung für die Zeit danach vorgelegt.

Von heute 47,8 Prozent wird demnach das Rentenniveau bis 2045 um mehr als zwölf Prozent auf 41,6 Prozent des Durchschnittsverdienstes schrumpfen. Weil immer mehr Beschäftigte ins Rentenalter kommen, wird zudem – eine langfristige Zuwanderung von 200.000 Menschen pro Jahr vorausgesetzt – der Rentenbeitrag von 18,7 auf 23,4 Prozent steigen. Würde man das Rentenniveau ab sofort nicht weiter sinken lassen, wäre 2045 ein Beitrag von 26,4 Prozent nötig. Arbeitnehmer und Arbeitgeber würden dann pro Jahr je 16 Milliarden Euro mehr zahlen als heute. Der Bundeszuschuss wäre acht Milliarden Euro höher.

Die Arbeitgeber warnen, ein so hoher Beitrag würde Jobs gefährden.

7. Gedankenaustausch zwischen LVI und Wirtschaftsministerium

- offener Austausch mit Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut

Am 26. September trafen sich LVI-Vorstand und -Beirat zu einem Gedankenaustausch mit Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdB. Ein zentrales Thema seitens des LVI war der Wohlstand des Standorts und die Selbstverständlichkeit, mit der er hingenommen wird. Breiten Raum nahm zudem der

Austausch über Unternehmensgründungen, über die Digitalisierung der Wirtschaft sowie über die besonderen Belange einzelner Branchen ein.

Die LVI-Vertreter, an ihrer Spitze Dr. Hans-Eberhard Koch, appellierten an die Ministerin, sich gemeinsam mit der Wirtschaft für eine größere „gesellschaftliche Begeisterung“ in einer der erfolgreichsten Regionen der Welt stark zu machen. Die Ministerin signalisierte, sich der Problematik bewusst zu sein und die gemeinsame Arbeit der Industrie und des Ministeriums an den sogenannten „Industrieperspektiven 2025“ aus den vergangenen Jahren aufzugreifen. Der LVI hatte sich im Verbund mit verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren über einen längeren Zeitraum hinweg in eine gemeinsame Bestandsaufnahme zu Rolle und Bedeutung der Industrie und zu möglichen Konsequenzen eingebracht. Es ist erfreulich, dass die Ministerin die Ergebnisse aus der vorhergehenden Legislatur aufgreift und konkrete Maßnahmen unterstützt.

In einem sehr offenen Austausch hatten die LVI-Vertreter bereits zuvor einige wichtige Anliegen vorgebracht und dabei ein offenes Ohr der Ministerin gefunden. Sie unterstrichen die Bedeutung und die Möglichkeiten von Gründungen, sowohl im Start-up-Bereich als auch bei Ausgründungen etwas älterer Mitarbeiter, die sich häufig als nachhaltiger erwiesen. Zudem, so eine klare Aussage aus dem LVI-Vorstand, müsse insbesondere der industrielle Mittelstand die Transformation seiner Strukturen und Geschäftsmodelle bewältigen – Stichworte wie Digitalisierung, Elektromobilität und Industrie 4.0 spielten dabei eine große Rolle. Breiten Raum nahm dabei auch die Erwartung der Industrievertreter ein, dass in diesen Fragestellungen das Wirtschaftsministerium als ureigenes für die Belange der Wirtschaft zuständiges Ressort als wichtiger Ansprechpartner fungiere.

Weitere Themen des Austauschs waren die Berührungspunkte mit anderen Ministerien in den wichtigen Fragen des Güterverkehrs und der Logistik oder der Energiepolitik, die Genehmigungsverfahren für industrielle Anlagen und nicht zuletzt die Bedeutung der intensiv diskutierten Freihandelsabkommen für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg, die auch der Ministerin sehr bewusst ist.

Beide Seiten zeigten sich angetan vom ersten Austausch in dieser Runde und wollen die Gespräche rasch und regelmäßig vertiefen.

8. Arbeitskreis Mittelstands- und Strukturfragen der KfW

- neue Entwicklungen in der Mittelstandsfinanzierung sowie die Vorbereitung der KfW-Unternehmensbefragung 2017

Die Sitzung des KfW-Arbeitskreises Mittelstands- und Strukturfragen fand in diesem Jahr am 8. September bei der KfW in Frankfurt statt. Im Mittelpunkt der Sitzung standen Berichte zu neuen Entwicklungen in der Mittelstandsfinanzierung und die Vorbereitung der KfW-Unternehmensbefragung 2017.

Zunächst stellte Volker Zimmermann seitens der KfW die Ergebnisse der diesjährigen Unternehmensbefragung vor. Bekanntermaßen wirkt der LVI seit Jahren gemeinsam mit 20 weiteren Wirtschaftsverbänden an der KfW-Unternehmensbefragung mit und informierte bereits über die Ergebnisse der Befragung, deren Hauptaussage war, dass das Finanzierungsklima für Unternehmen nach wie vor gut ist und der Kreditzugang stark vom Vorhaben abhängt.

Darüber hinaus konnten sich die Teilnehmer, unter ihnen für den LVI Referatsleiterin Constanze Wolf, über die aktuellen Studienergebnisse zur Digitalisierung der Wirtschaft, die neuen Angebote der KfW-

Mittelstandsbank u. a. zur Digitalisierung sowie die möglichen Folgen der Regulierung (Basel III) auf die langfristige Unternehmensfinanzierung und Förderung informieren.

Kernergebnis der Studie zur Digitalisierung war, dass der Mittelstand noch nicht so weit digitalisiert ist, wie landläufig vermutet. Daraus ergeben sich Handlungsempfehlungen wie der Abbau von Unsicherheiten, die Verbreiterung der IT-Kenntnisse, die Beschleunigung des Breitbandausbaus und die Unterstützung von Digitalisierungsprojekten.

9. Ende der Sommerzeit 2016

- endet am 30.10.2016, 03:00 Uhr

Die diesjährige Sommerzeit endet am Sonntag, den 30. Oktober 2016 um 03.00 Uhr – die Uhren werden von 3 Uhr auf 2 Uhr zurückgestellt.

Wird in der Nacht zum Sonntag, 30. Oktober 2016, eine Stunde länger gearbeitet, liegt Mehrarbeit vor, so dass diese Zeit einschließlich eines evtl. tarifvertraglichen Zuschlages zu vergüten ist. Soweit von der zumindest theoretisch bestehenden Möglichkeit Gebrauch gemacht werden soll, diese zusätzliche Arbeitsdauer anderweitig zu verteilen (z. B. auf 2 Schichten je eine halbe Stunde Verlängerung), ist das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats nach § 87 Abs. 1 Nr. 3 BetrVG zu beachten. Informell: Die Sommerzeit 2017 beginnt am 26. März 2017 und endet am 29. Oktober 2017.

10. Bildungsbericht der OECD

- „Bildung auf einen Blick 2016“

Die neue OECD-Studie [„Bildung auf einen Blick“](#) vergleicht die absolvierten Abschlüsse in den einzelnen Ländern, die Investitionen in Bildung sowie die Organisation von Schulen.

Der jährliche Bericht der OECD „Education at a glance - Bildung auf einen Blick“ konstatiert 2016 ein hohes Niveau des deutschen Bildungssystems und eine im Ergebnis, der Sicherung von Beschäftigungs- und Karrierechancen, überaus erfolgreiche Berufsbildung.

Investitionen in Bildung trotz Schülerrückgang: Die jährlichen Ausgaben je Schüler/Studierenden vom Primar- bis zum Tertiär(Hochschul)bereich in Deutschland liegen über dem OECD-Durchschnitt: Während die Schülerzahlen um 8 % sanken, erhöhten sich die Ausgaben je Schüler um 12 % (OECD-Durchschnitt 8 %). Die Ausgaben für Bildungseinrichtungen stammen in Deutschland überwiegend aus öffentlichen Quellen und belaufen sich auf 4,2 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Damit liegen sie zwar unter dem OECD-Durchschnitt von 4,8 % des BIP, allerdings ist dies hauptsächlich auf den deutlich größeren Anstieg des BIP durch die gute Wirtschaftslage zurückzuführen. Private Haushalte tragen einen deutlich höheren Anteil an den Ausgaben für die frühkindliche Bildung als für die Tertiärbildung; liegt dieser Anteil in den OECD-Ländern im Tertiärbereich bei 30 %, sind es in Deutschland lediglich 14 %, Hauptursache ist der Verzicht auf Studienbeiträge.

Berufsbildungssystem entscheidend: „Das gut entwickelte Berufsbildungssystem in Deutschland stärkt die Beschäftigungsfähigkeit und spielt eine entscheidende Rolle im deutschen Bildungssystem“. Die Arbeitslo-

senquote unter Erwachsenen mit einem Berufsabschluss zählt zu den niedrigsten in den OECD-Ländern. Mehr als die Hälfte der 25- bis 34-Jährigen wählt diesen Weg als Einstieg in die qualifizierte Berufstätigkeit gegenüber 26 % im OECD-Schnitt. Der Übergang ins Erwerbsleben verläuft für Männer und Frauen reibungslos, jedoch erwerben viermal so viele Männer wie Frauen einen Abschluss im Bereich Ingenieurwesen, Fertigung und Bauwesen im Tertiärbereich. Hier liegen noch ungenutzte Potenziale. Mehr junge Frauen für den MINT-Bereich zu gewinnen, ist daher nach wie vor eine wichtige Aufgabe.

Stabiles Bildungsniveau: Bei uns haben nahezu 90 % der Bevölkerung mindestens einen Abschluss des Sekundarbereichs II erworben. Dabei ist dieser Anteil über Generationen hinweg relativ stabil (87 % der 25- bis 34-Jährigen und 86 % der 55- bis 64-Jährigen). Die berufliche Bildung ist ein wichtiger Stabilitätsfaktor für den Arbeitsmarkt: Die Arbeitslosenquote der 25- bis 64-jährigen Erwachsenen mit einem beruflichen Abschluss des Sekundarbereichs II zählt mit 4,2 % zu den niedrigsten in der OECD (7,7 %) und hat sich in den letzten 10 Jahren mehr als halbiert, während sie im OECD-Schnitt eher gestiegen ist. Die Beschäftigungsquote ist bei ihnen mit 86 % nahezu ebenso hoch wie bei Personen mit Tertiärbildung von 88 %. Nur 8,6 % der 15- bis 29-Jährigen sind weder in Beschäftigung noch in Bildung oder Ausbildung, was einer der niedrigsten Anteile in der OECD ist.

Zunahme des Tertiärabschlusses: Der Anteil junger Erwachsener mit Tertiärabschluss (Hochschule und vergleichbare Abschlüsse) hat in Deutschland stetig zugenommen von 22 % 2005 auf 30 % 2015. In Deutschland hat nahezu ein Drittel der 25- bis 64-Jährigen mit Tertiärbildung einen Abschluss im Bereich Ingenieurwesen, Fertigung und Bauwesen - eine der höchsten Quoten in der OECD. Die Zahl der Studierenden im Tertiärbereich stieg 2008 bis 2013 um 28 % - einer der höchsten Anstiege in den OECD-Ländern. Auch wenn die Gesamtausgaben für den Tertiärbereich um 16 % gesteigert wurden, hielt die Ausgabenerhöhung nicht Schritt.

Große Bedeutung der frühkindlichen Bildung: 2014 besuchten 65 % der 2-jährigen Kinder frühkindliche Bildungseinrichtungen, gegenüber 2013 ein Anstieg um 6 Prozentpunkte. Die Beteiligung an frühkindlicher Bildung ist unter den 3-, 4- und 5-Jährigen nahezu universell: 94 % der 3-Jährigen, 98 % der 4-Jährigen und 99 % der 5-Jährigen nehmen an Vorschulbildung teil. Damit liegen die Zahlen deutlich über dem OECD-Durchschnitt. Die Teilnahme an frühkindlicher Bildung ist für Kinder mit Migrationshintergrund besonders vorteilhaft: Kinder, die mindestens ein Jahr an Vorschulbildung teilgenommen hatten, haben in der PISA-Skala in der Regel bessere Leistungen erbracht als Schüler, bei denen dies nicht der Fall war. Kinder, die vor dem Alter von 6 Jahren in ein OECD-Land übergesiedelt waren, erreichten im PISA-Lesekompetenztest im Durchschnitt 19 Punkte mehr als Kinder, die erst mit 6 bis 10 Jahren im Land angekommen waren. In Deutschland beträgt das Leistungsgefälle zwischen den beiden Gruppen 59 Punkte – das entspricht einem Leistungsabstand von etwa anderthalb Schuljahren.

Mit freundlichen Grüßen

IHR

VERBAND DER HOLZINDUSTRIE
UND KUNSTSTOFFVERARBEITUNG
BADEN-WÜRTTEMBERG E. V.



RA Clemens Lüken
Geschäftsführer